

MEDIUM	Berliner Morgenpost
RESSORT	Brandenburg
WANN	25. April 2009

Stadtplanung

Synagoge an Potsdams erstem Platz

Von Gudrun Mallwitz

In Potsdams historischer Mitte soll die erste Synagoge in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg entstehen. Der Siegerentwurf des Berliner Büros "Haberland Architekten BDA" sieht einen schlichten, modernen Bau in unmittelbarer Nachbarschaft zum geplanten Stadtschloss-Landtag vor.

Die Grundsteinlegung für das jüdische Gotteshaus und Gemeindezentrum am prominenten Standort "Schloßstraße 1" ist bis Mitte nächsten Jahres geplant. Synagoge und der neue Landtag in Gestalt des Stadtschlusses sollen Ende 2012 fertig sein.

5 Millionen Euro Baukosten

"Ich freue mich, dass zum 20. Jahrestag der Gründung der jüdischen Gemeinde in Potsdam endlich eine Synagoge aufgebaut werden kann", sagte gestern der Vorsitzende der etwa 400 Mitglieder zählenden orthodoxen jüdischen Gemeinde in Potsdam, Vladimir Genkin. Möglich werde dies durch die Hilfe des Landes und der Stadt.

Die frühere Synagoge war in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 von Nationalsozialisten verwüstet und beim Bombenangriff am 14. April 1945 schwer beschädigt worden. Im August 1957 wurde sie auf Beschluss des Rates der Stadt abgerissen. An dem Standort wurde zu DDR-Zeiten ein Wohnhaus errichtet. An die alte Synagoge erinnert nur noch eine Gedenktafel.

Wie Finanzminister Rainer Speer (SPD) gestern ankündigte, stellt das Land das Grundstück bereit. Das Landes-Kabinett hat die Bereitschaft bekundet, die Baukosten von rund fünf Millionen Euro vorzuschießen. Die Stadt will die Abrisskosten für das jetzige Gebäude tragen. Im laufenden Haushaltsjahr sind 237 500 Euro für Planungsleistungen vorgesehen. Bau und Betrieb der Synagoge sollen durch Spenden und Eigenmittel des Bauvereins "Neue Synagoge Potsdam" finanziert werden.

Eine neunköpfige Jury wählte den Siegerentwurf aus 26 Entwürfen aus. Es wurden drei Preise vergeben und drei weitere Entwürfe angekauft. Dem Siegerentwurf, so der Juryvorsitzende, Architekturprofessor Wolfgang Lorch, ist einstimmig gewählt worden. Es handele sich um "einen selbstbewussten Bau" mit einer Fassade aus massiven Glindower Ziegeln und hohen, schmalen Fenstern - "nach außen eher zurückhaltend". Das fünfstöckige Gebäude ist fast 20 Meter hoch. Im Inneren sind ein Gebets- und ein Veranstaltungssaal, Bäder, eine Bibliothek, eine Dachterrasse sowie ein Verwaltungstrakt geplant. Der Synagogenraum ist in runder Anordnung mit einem Ausblick in den Himmel konzipiert. Die Synagoge bietet Platz für rund 200 Gläubige, getrennt nach Männern und Frauen.

Noch ist die Entscheidung für die Ausführung nicht endgültig gefallen. Manchem ist das von der Jury gewählte Sieger-Gebäude zu schlicht. Der stellvertretende Vorsitzende der orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland, Yitzhak Ehrenberg, nannte den Entwurf "wunderbar". Er wünscht sich aber, dass der Bau deutlicher als Synagoge zu erkennen ist. "Es fehlt ein jüdisches Symbol an der Fassade", sagte er der Berliner Morgenpost. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) zufolge ist es kein Problem, den Entwurf nachzubessern.

Auch im Inneren gibt es Änderungswünsche an den Siegerentwurf. Der Tradition zufolge muss die Sitzrichtung der Gläubigen nach Jerusalem ausgerichtet sein. Bislang haben die Architekten die Sitze zu einem Rund angeordnet.

Ein großer Wunsch ist, dass Potsdam wieder einen eigenen Rabbiner erhält. Die Synagoge soll auch der Gesetzestreuenden Jüdischen Gemeinde in Potsdam offen stehen. Diese liegt im Streit mit dem Land. Sie hatte ein eigenes Gemeindezentrum mit Synagoge gefordert, was das Land ablehnt. Nach Angaben des Vorsitzenden des Bauvereins, Horst Mentrup, ist der

Bauverein mehrfach auf die Gesetztreuen zugegangen. Rabbiner Ehrenberg sagte gestern: "Jeder ist in dieser Synagoge willkommen."

Ob der Stadtschloss-Landtag in der Nachbarschaft wie geplant 2012 eröffnet werden kann, ist inzwischen fraglich. Das Vergabeverfahren für den Neubau des Brandenburger Parlaments beschäftigt erneut ein Gericht. Ein zuletzt noch im Rennen befindliches Konsortium klagt beim Brandenburgischen Oberlandesgericht, teilte Finanzminister Speer mit. Der Bieter fordert mehr Zeit für die Überarbeitung. Das kann die für Sommer geplante Vergabe hinauszögern.